

No. 35262

**Austria
and
Ukraine**

Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of Ukraine on the exchange of information and cooperation in the field of nuclear safety and radiation protection (with annexes). Graz, 8 November 1996

Entry into force: *18 August 1998 by notification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Ukrainian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 27 October 1998*

**Autriche
et
Ukraine**

Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de l'Ukraine relatif à l'échange d'information et à la coopération dans le domaine de la sécurité nucléaire et de la protection contre les radiations (avec annexes). Graz, 8 novembre 1996

Entrée en vigueur : *18 août 1998 par notification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et ukrainien*

Euregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 27 octobre 1998*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ukraine über Informationsaustausch und Zusammenarbeit auf dem Gebiete der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Ukraine (im folgenden „Vertragsparteien“ genannt),

geleitet von dem Wunsche, die guten Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Ukraine weiter zu entwickeln,

in dem Bestreben, die Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Schlußdokumentes des Madrider Treffens zu erfüllen,

in Betracht ziehend, daß Unfälle in Nuklearanlagen grenzüberschreitende Auswirkungen haben können,

in der Überzeugung, daß ein rechtzeitiger Austausch von Informationen und Erfahrungen auf dem Gebiete der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes in bedeutendem Maße zur Sicherheit der Bevölkerung beider Vertragsparteien beitragen kann,

in Betracht ziehend das Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und das Übereinkommen über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen und strahlungsbedingten Notfällen, beide vom 26. September 1986, sowie auch die anerkannten Grundsätze der Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Wenn sich auf dem Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien in einer Kernanlage oder während einer Tätigkeit im nuklearen Bereich, wie im Absatz 2 bestimmt, ein Unfall ereignet, der zur Freisetzung radioaktiver Stoffe geführt hat oder führen kann, und diese das Territorium der anderen Vertragspartei erreichen kann, benachrichtigt die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich der Unfall ereignet hat, unverzüglich die andere Vertragspartei im Wege der Kontaktstellen.

(2) Unter „Kernanlage“ und „Tätigkeit im nuklearen Bereich“ gemäß Absatz 1 versteht man:

- a) einen Kernreaktor,
- b) Ausrüstung und Anlagen, die im Kernbrennstoffkreislauf verwendet werden,
- c) Ausrüstung und Anlagen, die zur Behandlung radioaktiver Abfälle vorgesehen sind,
- d) die Beförderung und Lagerung von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Abfällen,
- e) die Herstellung, Verwendung, Lagerung, Beseitigung und Beförderung von Radioisotopen für landwirtschaftliche, industrielle, medizinische sowie damit zusammenhängende wissenschaftliche Zwecke und Forschungszwecke sowie Beta- oder Gamma-Bestrahlungseinrichtungen und
- f) die Verwendung von Radioisotopen für die Energiegewinnung in Weltraumgegenständen.

Artikel 2

(1) Gegenstand der gegenseitigen Information gemäß Artikel 1 Absatz 1 sind Ereignisse, die zumindest der Stufe 3 der Internationalen Skala nuklearer Ereignisse entsprechen: die Definition dieser Ereignisse ist dem Abkommen als Anlage B beigeschlossen.

Vorläufige Informationen über solche Ereignisse werden der anderen Vertragspartei im Wege der Kontaktstellen unverzüglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien informieren einander ehestmöglich auch über Ereignisse, die keine Unfälle gemäß Artikel 1 Absatz 1 sind, die aber in der Bevölkerung einer Vertragspartei Besorgnis hervorrufen könnten; dies betrifft unter anderem wichtige geplante oder ungeplante Ereignisse in der Umgebung von Nuklearanlagen, wie Brände, Erdbeben und größere Abbrucharbeiten.

(3) Im Falle, daß eine Vertragspartei Informationen über ein Ereignis besitzt, das ihr gemäß diesem Artikel nicht gemeldet worden ist, hat sie das Recht, von der anderen Vertragspartei Aufklärung über dieses Ereignis im Wege der Kontaktstellen zu verlangen.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß die gemäß Artikel 1 Absatz 1 dieses Abkommens übermittelte Information hinreichend vollständig ist, um der anderen Vertragspartei die Möglichkeit zu geben, über die Vorbereitung oder Durchführung entsprechender Maßnahmen zum Schutz ihrer Bevölkerung zu entscheiden. Diese Information enthält insbesondere jene Angaben, über die die mitteilende Vertragspartei im Moment der Informationsübermittlung verfügt, und zwar:

1. den Zeitpunkt, gegebenenfalls den genauen Ort und die Art des nuklearen Unfalls,
2. die betroffene Anlage oder Tätigkeit,
3. die vermutete oder festgestellte Ursache und die vorhersehbare Entwicklung des nuklearen Unfalls in bezug auf die grenzüberschreitende Freisetzung radioaktiver Stoffe,
4. die allgemeinen Merkmale der radioaktiven Freisetzung, einschließlich, soweit möglich, der Art, der wahrscheinlichen physikalischen und chemischen Form und der Menge, Zusammensetzung und effektiven Höhe der radioaktiven Freisetzung,
5. Informationen über die derzeitigen und die vorhergesagten meteorologischen und hydrologischen Bedingungen, die zur Vorhersage der grenzüberschreitenden Freisetzung der radioaktiven Stoffe notwendig sind,
6. Ergebnisse der Umweltüberwachung, die die grenzüberschreitende Freisetzung der radioaktiven Stoffe betreffen,
7. die ergriffenen oder geplanten Schutzmaßnahmen außerhalb der betroffenen Anlage,
8. die Vorhersage über das Verhalten der radioaktiven Freisetzung im weiteren Verlauf.

(2) Die übermittelten Angaben werden entsprechend der weiteren Entwicklung der Unfallsituation laufend auf den neuesten Stand gebracht. Die benachrichtigende Vertragspartei wird auf Ersuchen der anderen Vertragspartei notwendige Erklärungen und zusätzliche Angaben zur Verfügung stellen.

(3) Diese Angaben und deren allfällige Ergänzungen werden so lange übermittelt, bis die im Artikel 1 dieses Abkommens erwähnte Unfallsituation nicht mehr gegeben ist, oder bis die für eine erschöpfende Beurteilung der Lage ausreichende Information vorliegt.

(4) Die Vertragsparteien können gemäß gegenseitiger Absprache zur weiteren Klärung der Unfallsituation Vertreter ihrer zuständigen Behörden zum Unfallort entsenden.

Artikel 4

(1) Bei Eintritt einer Unfallsituation gemäß Artikel 1 Absatz 1 dieses Abkommens pflegen die Vertragsparteien unverzüglich das Einvernehmen über die sofortige Durchführung der notwendigen Zusammenarbeit zum Schutz der Gesundheit und des Vermögens ihrer Bevölkerung sowie über die notwendige Hilfeleistung.

(2) Solche weiteren Maßnahmen werden gemäß Artikel 7 dieses Abkommens im Wege der Kontaktstellen abgesprochen.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei führt auf ihrem Hoheitsgebiet ein Programm zur Messung der ionisierenden Strahlung und der Radionuklide in der Luft (Aerosole), im Trinkwasser, im Oberflächenwasser und im Boden durch. Die Meßergebnisse müssen hinreichende Informationen über die Strahlungsbelastung der Bevölkerung der jeweiligen Vertragspartei enthalten.

(2) Die Meßergebnisse werden der anderen Vertragspartei einmal jährlich übermittelt. Bei bedeutenden Abweichungen vom Naturzustand wird diese Information der anderen Vertragspartei im Wege der Kontaktstellen unverzüglich übermittelt. Auf Ersuchen einer Vertragspartei übermittelt die andere Vertragspartei zusätzliche Daten. Beide Vertragsparteien tragen zur Ausarbeitung eines Strahlenfrühwarnsystems bei, dem auch andere Staaten beitreten können.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien informieren einander wenigstens einmal alle zwei Jahre über ihre Nuklearprogramme, über Erfahrungen aus dem Betrieb der Kernanlagen und über die Rechtsvorschriften über nukleare Sicherheit und Strahlenschutz.

(2) Die Vertragsparteien informieren einander über stillgelegte, in Betrieb oder in Bau befindliche und geplante Kernanlagen sowie über Betriebsstilllegungen und übermitteln einander zu diesem Zweck die in den Rahmen dieses Abkommens fallenden Angaben (siehe die Anlage zu diesem Abkommen).

(3) Informationen gemäß Absatz 2 über geplante Kernanlagen werden im voraus übergeben, und zwar nicht später als sechs Monate vor dem Beginn der Bauarbeiten.

Artikel 7

(1) Für die Übermittlung der Information gemäß den Artikeln 1, 2, 3 und 4 dieses Abkommens richtet jede Vertragspartei eine eigene Kontaktstelle ein, die sie der anderen Vertragspartei bei Inkrafttreten des Abkommens auf diplomatischem Wege bekanntgibt.

(2) Die Kontaktstellen vereinbaren miteinander direkt die konkreten Wege der Informationsübermittlung. Das Funktionieren des Systems der Informationsübermittlung wird mindestens zweimal jährlich überprüft.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien führen bei Bedarf gemeinsame Expertentagungen durch, um folgende Punkte zu behandeln:

1. Bewertung der Erfüllung dieses Abkommens.
2. Erörterung von Umfang, Rechtzeitigkeit und Qualität der gemäß Artikel 6 dieses Abkommens übermittelten Information.
3. Beurteilung von Ergebnissen und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete des im Artikel 5 dieses Abkommens angeführten Strahlenmeßprogramms.
4. Erörterung anderer aktueller Fragen der Gewährleistung der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes, sowie gegenseitige Information über die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen auf diesem Gebiet.

(2) Informationen über Inhalt, Verlauf und Ergebnisse der gemeinsamen Expertentagungen werden den zuständigen staatlichen Behörden zur Kenntnisnahme vorgelegt.

(3) Zeit, Ort und Tagesordnung der Tagungen sowie Zusammensetzung der Delegationen werden von den in Artikel 9 angeführten Koordinatoren vereinbart.

(4) Bei Bedarf sowie nach Vereinbarung der Vertragsparteien können außerordentliche Expertenberatungen und Expertenuntersuchungen der Anlagen durchgeführt werden.

Artikel 9

- (1) Für die Erfüllung dieses Abkommens bestellt jede Vertragspartei einen Koordinator, und zwar:
- die österreichische Seite: das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,
 - die ukrainische Seite: das Ministerium für Umweltschutz und nukleare Sicherheit.

(2) Die Koordinatoren

organisieren und gewährleisten den Informationsaustausch gemäß diesem Abkommen, organisieren die gemeinsame Arbeit der Experten gemäß Artikel 8 dieses Abkommens, erfüllen nötigenfalls andere Aufgaben, die sich aus diesem Abkommen ergeben.

(3) Über mögliche Änderungen des Koordinators informieren die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege.

Artikel 10

Informationen, die gemäß diesem Abkommen erhalten werden, können von jeder Vertragspartei zur Informierung der Bevölkerung verwendet werden, falls die Vertragspartei, die diese Informationen übermittelt, sie nicht für vertraulich erklärt.

Artikel 11

Der gegenseitige Informationsaustausch gemäß diesem Abkommen erfolgt kostenlos. Wenn zusätzliche Informationen notwendig sind und ihre Beschaffung mit bedeutenden Auslagen verbunden ist, so übernimmt die ersuchende Vertragspartei diese Auslagen unter der Voraussetzung, daß sie rechtzeitig über sie informiert worden ist.

Artikel 12

Alle Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien beigelegt.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem Tage in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege bekanntgeben, daß die entsprechenden innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Die Anlagen A und B sind Bestandteile dieses Abkommens.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Das Abkommen tritt sechs Monate nach der Übergabe einer entsprechenden diplomatischen Note außer Kraft.

(4) Durch dieses Abkommen wird das Abkommen zwischen der ehemaligen UdSSR und Österreich über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen vom 12. September 1988 im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Ukraine aufgehoben.

Geschehen zu Graz, am 8. November 1996 in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Schüssel

Für die Regierung der Ukraine:

Udovenko

Anlage A

zum Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ukraine über Informationsaustausch und Zusammenarbeit auf dem Gebiete der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes

Gemäß dem Artikel 6 Absatz 2 dieses Abkommens werden folgende Daten mitgeteilt:

- Name der Anlage,
- Ort der Unterbringung und Adresse der Anlage,
- Bezeichnung der Anlage,
- wichtigste technische Daten der Anlage,
- gegenwärtiger Status der Anlage,
- Betriebsdaten,
- Beschreibung des Ortes der Anlage.

Im Falle eines Kernreaktors werden zusätzlich folgende Daten mitgeteilt:

- Reaktortyp,
- Leistung,
- Beschreibung der Spaltzone
(z. B.: Geometrie, Brennstoff, Belastung, Anreicherung, Abbrand, Leistungsdichte),
- Typ des Reaktorgefäßes,
- Kühlmittel, Kühlkreisläufe (primär und sekundär),
- Typ des Dampferzeugers,
- zulässige Werte der Abgabe radioaktiver Stoffe in die Umwelt,
- Systeme zur Gewährleistung der nuklearen Sicherheit.

Anlage B

**zum Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ukraine
über Informationsaustausch und Zusammenarbeit auf dem Gebiete der nuklearen Sicherheit und
des Strahlenschutzes**

Freisetzung von radioaktiven Stoffen in die Umgebung über die behördlich festgesetzten Grenzwerte hinaus, die bei den am stärksten betroffenen Personen außerhalb der Anlage zu einer Strahlenbelastung in der Größenordnung von einigen zehntel Millisievert führt.

Bei einer derartigen Freisetzung müssen außerhalb der Anlage Schutzmaßnahmen nicht erforderlich sein.

Ereignisse in der Anlage, die Strahlendosen zur Folge haben, die akute Gesundheitsbeeinträchtigungen für das Betriebspersonal bewirken können und/oder ein Ereignis mit großflächiger Kontamination z. B. mit einer Aktivität von einigen tausend Terabecquerel in ein sekundäres Containment, wo das radioaktive Material in einen sicheren Lagerbereich zurückverbracht werden kann.

Störfälle, bei denen ein zusätzlicher Ausfall von Sicherheitseinrichtungen zum Eintritt eines Unfalls führen könnte oder Anlagenzustände, bei denen die Sicherheitseinrichtung im Falle des Eintritts bestimmter auslösender Ereignisse eine Ausweitung zu einem Unfall nicht verhindern könnte.

[UKRAINIAN TEXT — TEXTE UKRAINIEN]

У Г О Д А

між

Урядом Республіки Австрія

та

Урядом України

про обмін інформацією і співробітництво

в галузі ядерної безпеки і

радіаційного захисту

Уряд Республіки Австрія та Уряд України (що надалі іменуються Договірними Сторонами),

керуючись бажанням подальшого розвитку добросусідських відносин між Республікою Австрія та Україною,

прагнучи до виконання положень Заключного Акту Народи з безпеки та співробітництва в Європі і Заключного Документу Мадридської зустрічі,

враховуючи, що аварії на ядерних установках мають потенціал транскордонного впливу,

впевнені в тому, що своєчасний обмін інформацією та досвідом в галузі ядерної безпеки та радіаційного захисту може в значній мірі сприяти безпеці населення обох сторін,

беручи до уваги Конвенцію про оперативне сповіщення про ядерні аварії (ратифікована 26 вересня 1986 року), Конвенцію про допомогу у випадку ядерної аварії або радіаційної ситуації (ратифікована 26 вересня 1986 року), а також визнані принципи співробітництва в рамках Міжнародного агентства з атомної енергії,

домовились про наступне:

Стаття 1

1. Якщо на території однієї з Договірних Сторін на ядерному об'єкті або при проведенні ядерної діяльності, як це визначено у пункті 2, трапляється аварія, що призвела чи може призвести до викиду радіоактивних речовин, та якщо він може досягнути території другої Договірної Сторони, тоді Договірна Сторона, на території якої сталася аварія, негайно інформує другу Договірну Сторону через відповідні пункти зв'язку Договірних Сторін.

2. Під "ядерним об'єктом" та "ядерною діяльністю" згідно з пунктом 1 розуміється:

- а) ядерний реактор;
- б) обладнання та установки, що використовуються в ядерному паливному циклі;
- в) обладнання та установки, призначені для поводження з радіоактивними відходами;
- г) транспортування та зберігання ядерного палива чи радіоактивних відходів;
- д) виробництво, застосування, зберігання, усунення та транспортування радіоактивних ізотопів для сільськогосподарських, промислових, медичних і пов'язаних з ними наукових та дослідницьких цілей, а також для пристроїв для бета- і гама-опромінення;
- е) застосування радіоактивних ізотопів для виробництва енергії в умовах космічного простору.

Стаття 2

1. Предметом взаємного інформування відповідно до пункту 1 статті 1 є події, що відповідають прийнятій рівню 3 за Міжнародною Шкалою ядерних подій; визначення таких подій наводяться в додатку Б до цієї Угоди. Попередня інформація про такі події негайно передається другій Договірній Стороні через пункти зв'язку.

2. Договірні Сторони також якнайшвидше інформуватимуть одна одну про інші події, котрі, відповідно до пункту 1 статті 1, не є аваріями, проте можуть спричинити занепокоєння у населення однієї з Договірних Сторін; це стосується, крім усього іншого, важливих запланованих та незапланованих подій поруч з ядерними об'єктами, таких як пожежі, землетруси та значні за обсягом демонтажні роботи.

3. У випадку, якщо одна із Договірних Сторін має інформацію про подію, про яку їй не повідомлялось згідно з цією статтею, вона має право вимагати від другої Договірної Сторони роз'яснень щодо цієї події через пункти зв'язку Договірних Сторін.

Стаття 3

1. Договірні Сторони прагнуть до того, щоб інформація, що передається згідно з пунктом 1 статті 1 цієї Угоди, була достатньо повною і давала змогу другій Договірній Стороні прийняти рішення про підготовку чи виконання відповідних заходів щодо захисту свого населення. Ця інформація містить відомості, котрі Договірна Сторона, що сповіщує, має на момент передачі інформації, а саме:

- а) час, за можливістю точне місце та характер ядерної аварії;

- б) відповідний об'єкт або вид діяльності;
 - в) причина, що допускається чи встановлена, та прогнозований розвиток аварії з огляду на трансграничний викид радіоактивних речовин;
 - г) загальні характеристики радіоактивного викиду, включаючи, за можливістю, характер, ймовірну фізичну та хімічну форму і кількість, склад та ефективну висоту радіоактивного викиду;
 - д) поточні та прогнозовані метеорологічні та гідрологічні умови, необхідні для прогнозу трансграничного викиду радіоактивних речовин;
 - е) результати моніторингу навколишнього середовища, що мають відношення до трансграничного розповсюдження радіоактивних речовин;
 - є) житті чи заплановані захисні заходи за межами установки;
 - ж) прогноз щодо подальшого розвитку радіоактивного викиду.
2. Дані, що передаються, оперативно уточнюватимуться залежно від розвитку аварійної ситуації. Договірна Сторона, що передає інформацію, надаватиме другій Договірній Стороні, за її проханням, необхідні роз'яснення та додаткові дані.
3. Ці дані з можливими доповненнями передаватимуться, доки не буде вичерпана згадана за статтею 1 цієї Угоди аварійна ситуація, або доки не буде одержана інформація, достатня для вичерпної оцінки стану справ.
4. Договірні Сторони на умовах двосторонньої домовленості можуть направляти на місця аварій для подальшого роз'яснення аварійної ситуації представників своїх компетентних органів.

Стаття 4

1. При виникненні аварійної ситуації, зазначеної в абзаці 1 статті цієї Угоди, Договірні Сторони погоджують негайні та необхідні спільні дії щодо захисту здоров'я та матеріальних цінностей свого населення, а також домовляються про можливе надання допомоги.
2. Такі подальші дії узгоджуються через згадані в статті 7 цієї Угоди пункти зв'язку.

Стаття 5

1. Кожна Договірна Сторона виконує на своїй території програму моніторингу іонізуючого опромінення та вимірювання вмісту радіонуклідів у повітрі (аерозолях), питній воді, поверхневих водах та ґрунті. Результати вимірювань повинні містити достатню інформацію про радіаційне навантаження населення відповідної Договірної Сторони.
2. Результати вимірювань щорічно передаються другій Договірній Стороні. При значних відхиленнях від природного фонового рівня ця інформація негайно передається другій Договірній Стороні через пункти зв'язку. За проханням однієї Договірної Сторони друга Договірна Сторона передає додаткові відомості. Обидві Договірні Сторони сприятимуть розробці системи оперативного радіаційного сповіщення, до якої також можуть приєднатися інші держави.

Стаття 6

1. Договірні Сторони інформують одна одну не менше одного разу у два роки про свої ядерні програми, про досвід експлуатації ядерних установок, а також правові документи з ядерної безпеки та радіаційного захисту.
2. Договірні Сторони також інформують одна одну про ядерні об'єкти, що були виведені з експлуатації, що експлуатуються, споруджуються чи плануються, а також про діяльність, що відноситься до виведення з експлуатації, та передають з цією метою дані, що мають відношення до цієї Угоди (див. Додаток А до цієї Угоди).
3. Згадана в пункті 2 інформація про заплановані ядерні об'єкти передаватиметься завчасно, але не пізніше, ніж за 6 місяців до початку будівельних робіт.

Стаття 7

1. Для передачі інформації згідно зі статтями 1, 2, 3 і 4 цієї Угоди кожна Договірна Сторона створює свій пункт зв'язку, про який вона інформує другу Договірну Сторону по дипломатичних каналах при набутті Угодою чинності.

2. Пункти зв'язку безпосередньо домовляються між собою про конкретний спосіб передачі інформації. Функціонування системи передачі інформації перевіряється щонайменше два рази на рік.

Стаття 8

1. В разі потреби Договірні Сторони проводять спільні наради експертів для обговорення наступних питань:

а) оцінка стану виконання цієї Угоди;

б) обговорення обсягу, вчасності та якості інформації, переданої згідно зі статтею 6 цієї Угоди;

в) оцінка результатів та обмін досвідом у виконанні програми моніторингу, про яку йдеться в статті 5 цієї Угоди;

г) обговорення інших актуальних питань забезпечення ядерної безпеки та радіаційного захисту, а також взаємне інформування про співробітництво з міжнародними організаціями в цій галузі.

2. Інформація про зміст, перебіг та результати спільних нарад експертів передається відповідним державним органам для прийняття до відома.

3. Час, місце та порядок денний засідань, а також склад делегацій погоджується згаданими в статті 9 координаторами.

4. В разі потреби та за домовленістю між Договірними Сторонами можуть проводитися позачергові наради експертів, а також експертні обстеження об'єктів.

Стаття 9

1. Для виконання цієї Угоди кожна Договірна Сторона призначає Координатора, а саме:

а) з австрійської сторони - Федеральне Міністерство закордонних справ

б) з української сторони - Міністерство охорони навколишнього природного середовища та ядерної безпеки.

2. Координатори:

а) організують та забезпечують обмін інформацією відповідно до цієї Угоди;

б) організують спільну роботу експертів відповідно до статті 8 цієї Угоди;

в) в разі необхідності виконують інші завдання, що випливають з цієї Угоди.

3. Про можливу заміну координатора Договірні Сторони інформують одна одну через дипломатичні канали.

Стаття 10

Інформація, що одержується відповідно до Угоди, може бути використана кожною із Договірних Сторін для інформування громадськості, якщо Договірна Сторона, що передає інформацію, не отримала її конфіденційною.

Стаття 11

Взаємний обмін інформацією, передбачений цією Угодою, виконується безкоштовно. Якщо необхідна додаткова інформація, а її отримання буде пов'язано із значними витратами, то ці витрати нестиме Договірна Сторона, що робить запит, за умови заздалегідь попередження інстанцій про такі витрати.

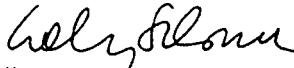
Стаття 12

Спори щодо тлумачення чи застосування положень цієї Угоди усуваються шляхом переговорів між Договірними Сторонами.

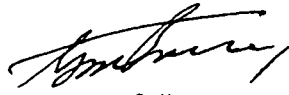
Стаття 13

1. Ця Угода набуває чинності в той день, коли обидві Договірні Сторони сповістять одна одну через дипломатичні канали про виконання відповідних внутрішньодержавних процедур, необхідних для набуття чинності цієї Угоди.
2. Додатки А і Б є складовою частиною цієї Угоди.
3. Ця Угода укладається на невизначений термін. Вона може бути письмово денонсована будь-якою з Договірних Сторін дипломатичним шляхом. Угода втрачає чинність через 6 місяців після передачі відповідної дипломатичної ноти.
4. Ця Угода у відношеннях між Республікою Австрія та Україною припиняє дію Угоди між Республікою Австрія та колишнім СРСР "Про сповіщення про ядерну аварію і обмін інформацією про ядерні установки" від 12.09.1988 р.

Вчинено в м. Граці - листопада 1996 року у двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, причому обидва тексти є автентичними.



За Уряд
Республіки Австрія



За Уряд
України

ДОДАТОК А

до Угоди між Урядом Республіки Австрія та Урядом України
про обмін інформацією і співробітництво в галузі ядерної безпеки і
радіаційного захисту

Згідно з пунктом 2 статті 6 цієї Угоди передаються такі дані:

- назва установки;
- місце розташування та адреса установки;
- опис установки;
- найважливіші технічні характеристики установки;
- стан установки на цей час;
- експлуатаційні дані;
- опис площадки установки.

Для ядерних енергетичних реакторів передаватимуться додатково такі дані:

- тип реактора;
- потужність;
- характеристики активної зони (наприклад: геометрія, паливо, завантаження, збагачення, ступінь вигоряння, щільність енерговиділення);
- тип корпусу реактора;
- теплоносій, контури охолодження (первинний та вторинний);
- тип парогенератора;
- граничні характеристики викиду радіоактивних речовин в навколишнє середовище;
- системи забезпечення ядерної безпеки.

ДОДАТОК Б

до Угоди між Урядом Республіки Австрія та Урядом України
про обмін інформацією і співробітництво в галузі ядерної безпеки і
радіаційного захисту

Викид радіоактивних речовин в навколишнє середовище з перевищенням встановлених компетентними органами граничних величин, що призводить до максимального радіаційного навантаження осіб за межами установки в розмірі декількох десятків мілізівертів. В разі такого викиду захисні заходи за межами установки можуть не знадобитись.

Події на установці, що можуть призвести до доз опромінення, котрі можуть заподіяти серйозну шкоду здоров'ю експлуатаційного персоналу, та/або подія, що характеризується значним розповсюдженням радіаційного забруднення, наприклад викид активності в декілька тисяч терабеккерелів до вторинного контейменту, де радіоактивні матеріали можуть перебувати в надійному сховищі.

Інциденти, при яких подальша відмова систем безпеки могла б призвести до виникнення аварійних умов, або ситуації на установці, при яких системи безпеки в разі визначених подій-ініціаторів не змогли б запобігти їхньому переростанню в аварію.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF
AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF UKRAINE ON THE
EXCHANGE OF INFORMATION AND COOPERATION IN THE FIELD
OF NUCLEAR SAFETY AND RADIATION PROTECTION

The Government of the Republic of Austria and the Government of Ukraine (hereinafter referred to as the "Contracting Parties"),

Desiring to develop further the good relations between the Republic of Austria and Ukraine,

Desiring also to implement the provisions of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, as well as those of the Concluding Document of the Madrid meeting,

Bearing in mind that accidents in nuclear facilities can have transboundary effects,

Convinced that timely exchange of information and experience in the field of nuclear safety and radiation protection can considerably enhance the safety of the population of both Contracting Parties,

Bearing in mind the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident and the Convention on Assistance in the Case of a Nuclear Accident or Radiological Emergency, both of 26 September 1986, as well as the established principles of cooperation in the context of the International Atomic Energy Agency,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) When, on the territory of one Contracting Party, in a nuclear facility or during a nuclear-related activity, as defined in paragraph 2, an accident occurs which has led or may lead to a release of radioactive materials that could spread to the territory of the other Contracting Party, the Contracting Party in whose territory the accident has occurred shall notify the other Contracting Party without delay through the established points of contact.

(2) For the purposes of paragraph 1, "nuclear facility" and "nuclear-related activity" shall mean:

- (a) A nuclear reactor;
- (b) Equipment and facilities used in the nuclear fuel cycle;
- (c) Equipment and facilities intended for use in the handling of nuclear waste;
- (d) Transport and storage of nuclear fuels or radioactive wastes;

(e) Manufacture, use, storage, disposal and transport of radioisotopes for agricultural, industrial, medical and related scientific and research purposes, as well as beta- or gamma-irradiation facilities; and

- (f) Use of radioisotopes for energy generation in space objects.

Article 2

(1) For the purposes of Article 1, paragraph 1, events which correspond to at least level 3 on the International Nuclear Event Scale shall be subject to reciprocal reporting; a definition of these events is enclosed as Annex B to this Agreement.

Preliminary information on such events shall be provided to the other Contracting Party without delay through the established points of contact.

(2) The Contracting Parties shall also notify each other as soon as possible of events which are not accidents for the purposes of Article 1, paragraph 1, but which may cause concern in the population of a Contracting Party; this applies, *inter alia*, to important planned or unplanned events in the surroundings of nuclear facilities, such as fires, earthquakes and major demolition work.

(3) If a Contracting Party learns of an event that was not reported in accordance with this Article, it shall have the right to ask for clarification of that event from the other Contracting Party through the established points of contact.

Article 3

(1) The Contracting Parties shall ensure that the information transmitted pursuant to Article 1, paragraph 1, is sufficient to enable the other Contracting Party to take a decision on the planning or implementation of appropriate measures to protect its population. Such information shall, in particular, include any data that the Contracting Party reporting possesses at the time information is transmitted concerning:

1. The time, exact location, if possible, and the nature of the nuclear accident;
2. The facility or activity involved;
3. The presumed or established cause and the foreseeable development of the nuclear accident with respect to the transboundary release of the radioactive materials;
4. The general characteristics of the radioactive release, including, insofar as possible, the nature, the probable physical and chemical form and the quantity, composition and effective level of the radioactive release;
5. Information on the current and forecast meteorological and hydrological conditions necessary for predicting the transboundary release of the radioactive materials;
6. The results of environmental monitoring relevant to the transboundary release of the radioactive materials;
7. The off-site protection measures taken or planned;
8. The predicted behaviour over time of the radioactive release.

(2) The information transmitted shall be continuously updated as the accident situation develops. The reporting Contracting Party shall also, at the request of the other Contracting Party, provide any required explanations and any additional information that is available.

(3) This information and any supplementary material shall be transmitted as long as the accident situation referred to in Article 1 of the Agreement persists or until sufficient information is available to make a full evaluation of the position.

(4) The Contracting Parties may by mutual agreement send representatives of their competent authorities to the site of the accident for further clarification of the accident situation.

Article 4

(1) Should an accident situation within the meaning of Article 1, paragraph 1, of this Agreement arise, the Contracting Parties shall reach agreement without delay on immediate implementation of the cooperation required to ensure protection of the health and property of their population, and on the necessary assistance.

(2) Any further measures shall be arranged through the established points of contact pursuant to article 7 of this Agreement.

Article 5

(1) Each Contracting Party shall carry out a programme in its territory to measure ionizing radiation and radionuclides in the air (aerosols), drinking water, surface water and soil. The measurement results shall include sufficient data on the radiation exposure of the Contracting Party's own population.

(2) The measurement results shall be transmitted to the other Contracting Party once a year. In the event of significant departures from normal readings, the information shall be transmitted to the other Contracting Party without delay through the points of contact. If so requested by a Contracting Party, the other Contracting Party shall provide additional data. Both Contracting Parties shall contribute to the development of a radiation early warning system, which other States may also join.

Article 6

(1) The Contracting Parties shall inform each other at least once every two years concerning their own nuclear programmes, experience acquired through the operation of nuclear facilities and legal provisions on nuclear safety and radiation protection.

(2) The Contracting Parties shall inform each other about nuclear facilities that are decommissioned, in operation, under construction or planned, as well as temporary shut-downs and shall also make available to each other for this purpose the information required by this Agreement (see the Annex to this Agreement).

(3) Information pursuant to paragraph 2 concerning planned nuclear facilities shall be transmitted in advance, no later than six months prior to the start of construction.

Article 7

(1) For the transmission of information pursuant to Articles 1, 2, 3 and 4 of this Agreement, each Contracting Party shall establish a point of contact, of which it shall inform the other Contracting Party through the diplomatic channel when the Agreement enters into force.

(2) The points of contact shall agree upon the specific channels for the transmission of information. The functioning of the information transmission system shall be tested at least twice a year.

Article 8

(1) The Contracting Parties shall hold joint expert meetings as needed to do the following:

1. Evaluate the implementation of this Agreement;
2. Discuss the scope, timeliness and quality of the information transmitted under Article 6 of this Agreement;
3. Assess the results and exchange of experience relating to the radiation measurement programme referred to in Article 5 of this Agreement;
4. Discuss other current topics relating to nuclear safety and radiation protection and exchange information relating to cooperation with international organizations in this field.

(2) Information concerning the content, proceedings and results of the joint expert meetings shall be transmitted to the competent State authorities for their information.

(3) The coordinators referred to in Article 9 shall agree on the time, place and agenda of the meetings as well as the composition of the delegations.

(4) Where necessary, and by agreement between the Contracting Parties, special expert meetings and expert inspections of the facilities may be held.

Article 9

(1) For the purposes of implementing this Agreement, a coordinator shall be appointed by each Contracting Party, as follows:

- In the case of Austria: the Federal Ministry of Foreign Affairs;
- In the case of Ukraine, the Ministry of Environmental Protection and Nuclear Safety.

(2) The coordinators shall:

- Organize and ensure the exchange of information provided for in this Agreement;
- Organize the joint work of the experts referred to in Article 8 of this Agreement;
- Carry out other tasks arising from this Agreement when necessary.

(3) The Contracting Parties shall inform each other through the diplomatic channel of any change of coordinator.

Article 10

Information obtained in pursuance of this Agreement may be communicated to the public by either Contracting Party, unless the Contracting Party providing the information declares that it is confidential.

Article 11

The mutual exchange of information under this Agreement shall be free of charge. If additional information is required and providing it involves significant costs, such costs shall be reimbursed by the requesting Contracting Party, on condition that it is informed thereof in good time.

Article 12

All disputes concerning the interpretation and application of the provisions of this Agreement shall be settled by negotiations between the Contracting Parties.

Article 13

(1) This Agreement shall enter into force on the date on which both Contracting Parties have informed each other through the diplomatic channel that the relevant domestic requirements for its entry into force have been met.

(2) Annexes A and B shall form integral parts of this Agreement.

(3) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Party in writing through the diplomatic channel. The denunciation shall take effect six months after the transmittal of the corresponding diplomatic note.

(4) Through this Agreement, the Agreement between the former Union of Soviet Socialist Republics and Austria on early notification of a nuclear accident and the exchange of information on nuclear plants of 12 September 1988 shall cease to have effect in the relations between the Republic of Austria and Ukraine.

Done at Graz, on 8 November 1996 in two originals, each in the German and Ukrainian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

SCHÜSSEL

For the Government of the Ukraine:

UDOVENKO

ANNEX A TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF UKRAINE ON THE
EXCHANGE OF INFORMATION AND COOPERATION IN THE FIELD OF
NUCLEAR SAFETY AND RADIATION PROTECTION

The following information shall be provided under Article 6, paragraph 2, of the Agreement:

- Name of the facility;
- Location and address of the facility;
- Nature of the facility;
- Basic technical specifications of the facility;
- Present status of the facility;
- Operational data;
- Description of the site of the facility.

In the case of a nuclear reactor, the following information shall also be provided:

- Type of reactor;
- Output;
- Description of the reactor core (for example: geometry, fuel, loading, enrichment, burn-up, power density);
- Type of reactor vessel;
- Coolant, cooling circuits (primary and secondary);
- Type of steam generator;
- Permissible levels for discharges of radioactive materials into the environment;
- Systems to ensure nuclear safety.

ANNEX B TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF UKRAINE ON THE
EXCHANGE OF INFORMATION AND COOPERATION IN THE FIELD OF
NUCLEAR SAFETY AND RADIATION PROTECTION

External release of radioactivity above authorized limits, resulting in a dose to the most exposed individual off site of the order of tenths of a millisievert.

With such a release, off-site protective measures may not be needed.

On-site events resulting in doses to workers sufficient to cause acute health effects and/or an event resulting in a severe spread of contamination, for example, a few thousand terabecquerels of activity released in a secondary containment where the radioactive material can be returned to a satisfactory storage area.

Incidents in which a further failure of safety systems could lead to accident conditions, or a situation in which safety systems would be unable to prevent an accident if certain initiators were to occur.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UKRAINE RELATIF À
L'ÉCHANGE D'INFORMATION ET À LA COOPÉRATION DANS LE
DOMAINE DE LA SÛRETÉ NUCLÉAIRE ET DE LA PROTECTION
CONTRE LES RADIATIONS

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de l'Ukraine (ci-après dénommés les "Parties contractantes"),

Mus par la volonté d'approfondir les relations de bon voisinage entre la République d'Autriche et l'Ukraine,

Soucieux de mettre en oeuvre les dispositions de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe et du Document de clôture de la Réunion de Madrid,

Considérant que les accidents survenant dans les installations nucléaires peuvent avoir des conséquences au-delà des frontières nationales,

Convaincus qu'un échange en temps opportun d'informations et d'acquis de l'expérience concernant la sûreté nucléaire et la protection contre les rayonnements peut contribuer de façon sensible à la sécurité de la population des deux Parties contractantes,

Considérant la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire et la Convention sur l'assistance en cas d'accident nucléaire ou de situation d'urgence radiologique, toutes deux en date du 26 septembre 1986, ainsi que les principes reconnus de la coopération dans le cadre de l'Agence internationale de l'énergie atomique,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Lorsque sur le territoire d'une des Parties contractantes survient un accident quelconque lié aux installations ou aux activités visées au paragraphe 2 du présent article, qui entraîne ou risque d'entraîner, au-dessus de la frontière commune entre les deux Parties contractantes, la libération de substances radioactives qui peut avoir une importance pour la sécurité de l'autre Partie contractante en raison des conséquences liées aux rayonnements, la Partie contractante sur le territoire de laquelle s'est produit l'incident avertit sans délai l'autre Partie contractante par l'intermédiaire des organes de liaison.

2. Les installations nucléaires ou activités visées au paragraphe 1 du présent article sont les suivantes :

- a) Réacteurs nucléaires;
- b) Installations du cycle du combustible nucléaire;
- c) Installations de manutention de déchets radioactifs;
- d) Transport et entreposage de combustibles nucléaires ou de déchets radioactifs;

e) Fabrication, utilisation, entreposage, stockage final et transport de radioisotopes destinés à des fins agricoles, industrielles et médicales, ainsi qu'à des activités scientifiques et de recherches connexes ou à des équipements de rayons beta et gamma;

f) L'utilisation de radioisotopes pour l'extraction d'énergie de l'atmosphère.

Article 2

1. Les informations visées au paragraphe 1 de l'article premier concernent des incidents qui correspondent au moins au numéro 3 de l'échelle internationale des incidents nucléaires; la définition de ces incidents est donnée dans l'Annexe B du présent Accord.

Les renseignements provisoires relatifs à ces incidents sont transmis à l'autre Partie contractante par l'intermédiaire des organes de liaison.

2. Les Parties contractantes s'informent également le plus rapidement possible au sujet des événements qui ne constituent pas des incidents au sens du paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord, mais sont de nature à inquiéter la population de l'une des Parties contractantes; il peut s'agir notamment d'événements planifiés ou imprévus, tels qu'incendies, tremblements de terre ou gros travaux de démolition.

3. Au cas où une Partie contractante possède des informations sur un incident qui n'ont pas été signalées, l'autre Partie contractante a le droit de demander des éclaircissements par l'intermédiaire des organes de liaison.

Article 3

1. Les Parties contractantes veillent à ce que les informations transmises conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord soient suffisamment importantes pour permettre à l'autre Partie contractante de prendre des dispositions pour préparer ou mettre en oeuvre les mesures nécessaires pour protéger sa population. Ces informations contiennent en particulier des renseignements sur les éléments suivants :

1) Date et, si nécessaire, lieu précis et nature de l'accident nucléaire;

2) Installation ou activité concernée;

3) Cause supposée ou déterminée et évolution probable de l'accident nucléaire en ce qui concerne la libération transfrontières de substances radioactives;

4) Caractéristiques générales de la libération de substances radioactives, y compris, pour autant que cela soit possible et nécessaire, la nature, la forme physique ou chimique probable, ainsi que la quantité, la composition et l'ampleur effective de la libération de substances radioactives;

5) Informations sur les conditions actuelles et prévues météorologiques et hydrologiques qui sont nécessaire pour prévoir la libération transfrontières des substances radioactives;

6) Résultats de la surveillance de l'environnement concernant la libération transfrontières des substances radioactives;

7) Mesures prises ou prévues en dehors de l'installation concernée;

8) Prévisions concernant le comportement future des substances radioactives libérées.

2. Les renseignements transmis seront constamment mis à jour selon l'évolution de la situation. En outre, des explications et des informations complémentaires concernant les renseignements transmis seront fournies sur demande par la Partie contractante qui avertit l'autre Partie contractante de l'accident.

3. Les renseignements et tous les compléments éventuels seront transmis aussi longtemps que subsistera la situation visée au paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord ou jusqu'à ce que des renseignements suffisants aient été communiqués pour permettre de juger de la situation.

4. Les Parties contractantes peuvent convenir d'envoyer sur le lieu de l'incident des représentants des autorités compétentes pour mieux apprécier la situation.

Article 4

1. Lorsque survient un accident visé au paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord, les Parties contractantes se consulteront immédiatement au sujet de la coopération nécessaire pour assurer la protection de la santé et des biens de leur population, ainsi que pour prendre les mesures de secours possibles.

2. Toutes les autres mesures nécessaires seront examinées d'un commun accord par les organes de liaison visés à l'article 7 du présent Accord.

Article 5

1. Chacune des Parties contractantes exécute sur son territoire national un programme de mesures des rayonnements ionisants et des radionucléides présents dans l'atmosphère (également aérosols), l'eau potable, les eaux de surface et les sols. Les résultats des mesures doivent contenir des données suffisantes sur l'exposition aux rayonnements de la population de chaque Partie contractante.

2. Les résultats des mesures sont communiqués une fois par an à l'autre Partie contractante. En cas d'écart important par rapport à la situation normale, ces informations sont transmises sans délai à l'autre Partie contractante par l'intermédiaire des organes de liaison. Sur demande de l'une des Parties contractantes, l'autre Partie contractante communique des renseignements complémentaires. Les deux Parties contractantes élaborent un système de surveillance de la radioactivité, auquel peuvent également accéder d'autres États.

Article 6

1. Les Parties contractantes se communiquent au moins une fois tous les deux ans des renseignements sur leur propre programme nucléaire, les résultats de l'expérience acquise dans l'exploitation des installations nucléaires, ainsi que sur les règlements concernant la sûreté nucléaire et la radioprotection.

2. Les Parties contractantes se communiquent aussi des renseignements au sujet des installations nucléaires existantes, en construction ou prévues, ainsi que les fermetures, dans le cadre des obligations du présent Accord (voir les Annexes audit Accord).

3. Les informations visées au paragraphe 2 du présent article, relatives aux installations nucléaires prévues, sont communiquées à l'avance et au plus tard six mois avant le début des travaux de construction.

Article 7

1. Pour la transmission de l'information visée aux articles premier, 2, 3 et 4 du présent Accord, chaque Partie contractante crée un organe de liaison et transmet les renseignements correspondants à l'autre, par la voie diplomatique au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord.

2. Les organes de liaison se concertent sur les mesures concrètes à prendre pour assurer la transmission de renseignements. Le fonctionnement du système de transmission des données fait l'objet d'un contrôle tous les semestres au moins.

Article 8

1. Les Parties contractantes organisent selon les besoins des réunions d'experts qui, en particulier:

- 1) Évaluent la mise en oeuvre du présent Accord;
- 2) Examinent la qualité, l'actualité et l'importance des informations communiquées, conformément à l'article 6 du présent Accord;
- 3) Évaluent les résultats des programmes de mesures des rayonnements effectuées, conformément aux dispositions de l'article 5 du présent Accord;
- 4) Examinent toute autre question d'actualité concernant la sécurité nucléaire et la protection contre les rayonnements, ainsi que les données sur la coopération avec les organisations internationales compétentes.

2. Les informations concernant la nature, la conduite et les résultats de réunions communes d'experts sont soumises à l'examen des organes compétents.

3. Les coordonnateurs conviendront de la date, du lieu et du thème des réunions communes d'experts prévues à l'article 9, ainsi que de la composition des délégations d'experts.

4. En cas de besoin, les Parties contractantes peuvent convenir de tenir des réunions d'experts complémentaires.

Article 9

1. Aux fins de l'exécution du présent Accord, chacune des Parties contractantes désigne un coordonnateur qui est :

- Pour la Partie autrichienne, le Ministère fédéral des Affaires étrangères;
- Pour la Partie ukrainienne, le Ministère de l'Environnement et de la Sécurité nucléaire.

2. Les coordonnateurs :

Échangent tous les dossiers et toutes les informations qui doivent être transmis dans le cadre de la coopération;

Organisent les réunions communes d'experts visées à l'article 8 du présent Accord;

Entreprennent en cas de nécessité d'autres tâches que celles qui sont prévues dans le présent Accord.

3. Les Parties contractantes se communiquent par la voie diplomatique toute modification des dispositions relatives à leur coordonnateur.

Article 10

Les données que, conformément aux dispositions du présent Accord, les Parties contractantes détiennent peuvent être diffusées pour l'information de la population au cas où la Partie contractante qui les détient ne les considère pas comme confidentielles.

Article 11

L'échange d'informations au sens du présent Accord est gratuit. Dans la mesure où la collecte d'informations complémentaires entraîne des dépenses importantes, celles-ci sont remboursées par la Partie contractante qui les occasionne, à condition que cette dernière soit informée en temps opportun.

Article 12

Tout différend concernant l'interprétation et la mise en oeuvre du présent Accord ainsi que l'exécution des activités réglementées par le présent Accord est réglé par des négociations entre les Parties contractantes.

Article 13

1. Le présent Accord entre en vigueur le jour où les deux Parties contractantes se sont notifié par la voie diplomatique que les dispositions de droit interne nécessaires à cette entrée en vigueur sont remplies.

2. Les annexes A et B au présent Accord font partie intégrante de celui-ci.

3. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par l'une ou l'autre Partie contractante, par notification écrite communiquée par la voie diplomatique, et il cesse d'être valide six mois après la réception de la note diplomatique correspondante.

4. Le présent Accord rend caduc le Traité conclu entre l'ancienne URSS et l'Autriche sur la notification rapide d'un accident nucléaire et l'échange d'informations sur les installations nucléaires, du 12 septembre 1988, pour ce qui est de la République d'Autriche et l'Ukraine.

Fait à Graz le 8 novembre 1996 en deux exemplaires, chacun en langues allemande et ukrainienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

SCHÜSSEL

Pour le Gouvernement de l'Ukraine :

UDOVENKO

ANNEXE A À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UKRAINE RELATIF À
L'ÉCHANGE D'INFORMATION ET À LA COOPÉRATION DANS LE DOMAINE
DE LA SÛRETÉ NUCLÉAIRE ET DE LA PROTECTION CONTRE LES
RADIATIONS

En ce qui concerne le paragraphe 2 de l'article 6 du présent Accord, les renseignements à transmettre sont les suivants :

- Nom de l'installation;
- Lieu et adresse de l'installation;
- Description de l'installation;
- Données techniques de base concernant l'installation;
- État actuel;
- Données concernant l'exploitation;
- Description détaillée du lieu où se trouve l'installation.

En ce qui concerne les réacteurs nucléaires, il convient en outre de fournir les renseignements particuliers suivants :

- Type de réacteur;
- Puissance;
- Zone de fission (par exemple, configuration, combustible, charge, enrichissement, combustion, couche fertile);
- Cuve du réacteur;
- Liquide de refroidissement et circuits de refroidissement (primaire et secondaire) du réacteur;
- Générateur de vapeur;
- Valeur autorisée et conditions de rejet de substances radioactives dans l'environnement;
- Système garantissant la sûreté nucléaire à l'exception des systèmes de protection physique.

ANNEXE B À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UKRAINE RELATIF À
L'ÉCHANGE D'INFORMATION ET À LA COOPÉRATION DANS LE DOMAINE
DE LA SÛRETÉ NUCLÉAIRE ET DE LA PROTECTION CONTRE LES
RADIATIONS

Libération de substances radioactives à proximité des frontières officielles, qui entraîne pour les personnes le plus fortement atteintes en dehors de l'installation une irradiation de l'ordre de quelques dixièmes de millisie.

Dans le cas d'un accident de ce type, les mesures de protection en dehors de l'installation ne sont pas nécessaires.

Accidents dans l'installation qui entraînent des irradiations constituant un grave danger pour la santé du personnel et/ou un accident qui provoque une contamination sur une grande étendue, par exemple avec une intensité de 99 milliers de Terabecquerel dans un conteneur secondaire où les matières radioactives peuvent être restockées dans un entrepôt sûr.

Incidents pouvant entraîner une défaillance supplémentaire des équipements de sécurité et provoquer un accident que lesdits équipements ne peuvent pas empêcher.